



**Gert Winkelmeier**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71377 (Büro)

📠 (030) 227 – 76577 (Büro)

✉ gert.winkelmeier@bundestag.de

# Pressemitteilung

---

Berlin/Neuwied, 23. Januar 2008

*Zu der seit 1996 eingeführten Praxis, den Militärischen Abschirmdienst (MAD) trotz einer gegenteiligen Rechtsgrundlage im Ausland einzusetzen, erklärt Gert Winkelmeier, Mitglied des Verteidigungsausschusses:*

## **Die Parlamentarische Kontrollkommission als Winkeladvokat?**

Bis zur Änderung des MAD-Gesetzes im Jahr 2004 durfte der Militärische Abschirmdienst nicht im Ausland eingesetzt werden. Diese Gesetzeslage kollidierte offensichtlich mit dem Sicherheitsbedürfnis und den Neidkomplexen der Bundeswehr. Sie wollte bei ihrer Beteiligung an der internationalen UN-Friedenstruppe IFOR in Bosnien-Herzegowina nicht auf Sicherheits-Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes angewiesen sein. Solche Rivalitäten sind in der deutschen Geschichte nicht neu, ihre Folgen sind bekannt.

Der damalige Verteidigungsminister Rühle, CDU, griff deswegen zu einem Trick, wie er in Deutschland zuletzt vor Inkrafttreten des Grundgesetzes üblich war: MAD-Soldaten wurden aus dem MAD herausgelöst und der IFOR-Truppe unterstellt. Dort nahmen sie als verdeckte Kämpfer ihre alten nachrichtendienstlichen Aufgaben wahr. Dieses ungesetzliche Vorgehen wurde 1996 skandalöserweise durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Bundestages (PKK, heute PKG) gebilligt und bis in das Jahr 2004 fortgesetzt.

Ich wundere mich daher überhaupt nicht, dass die Bundeswehr inzwischen gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht verstößt, indem sie aus Personalmangel Sanitäter zum Dienst an der Waffe verpflichtet, wie in Afghanistan geschehen: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich bekanntlich ganz ungeniert. An dieser Entwicklung trägt die damalige PKK die Hauptschuld. Mit demselben Verfahren könnten demnächst Verfassungsschützer zu Lehrern oder BND-Beamte zu Polizisten umgewidmet werden. Wer so handelt, hat jede Legitimation verspielt, sich über das gesunkene Unrechtsbewusstsein der Bürger zu beklagen.